

Fach	Abgabenordnung	Gesamtstunden 74	H
		Unterrichtsstunden 68	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS	
<p>Die Studierenden sollen umfassend die Probleme zur Zulässigkeit von Einsprüchen beherrschen, insbesondere sollen sie die Besonderheiten der Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungen, die Hinzuziehung zum Einspruchsverfahren und die Verbindung von Einspruchsverfahren beherrschen und Problemstellungen sachgerecht lösen können. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen das Einspruchsverfahren als verlängertes Veranlagungsverfahren verstanden haben und ausgehend von der Einspruchsbefugnis den Umfang der Entscheidungsmöglichkeiten beherrschen und auf unbekannte Sachverhalte praxisgerecht anwenden können. ⁽³⁾</p>	<p>1 Einspruchsverfahren §§ 347-367 AO</p> <p>1.1 Zulässigkeitsvoraussetzungen § 358 AO</p> <p>Wiederholung und Vertiefung der Zulässigkeitsvoraussetzungen</p> <p>Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungsbescheiden § 352 AO</p> <p>1.2 Begründetheitsprüfung</p> <p>Umfang der Überprüfung und Neuentscheidung §§ 367 Abs. 2 AO i.V.m. § 351 AO</p> <p>Korrektur während des Einspruchsverfahrens §§ 351, 132, 365 AO – Vertiefung –</p> <p>1.3 Ruhen des Einspruchsverfahrens § 363 AO, nur Grundzüge i.V.m. § 367 Abs. 2a und b AO</p> <p>1.4 Einspruchserledigung § 367 AO</p>	16	
	<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von Steuerwaltungsakten beherrschen und ihre Besonderheiten kennen. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen auch schwierige und nicht alltägliche Probleme zur Bekanntgabe beherrschen. ⁽³⁾</p>	<p>2 Steuerverwaltungsakte</p> <p>2.1 Begriff § 118 AO</p> <p>Arten Nebenbestimmungen § 120 AO (Wiederholung und Vertiefung)</p> <p>2.2 Bekanntgabe von Steuerwaltungsakten § 122 AO Wiederholung und ausgewählte Vertiefung</p>	16

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen in Abgrenzung zu den Korrekturmöglichkeiten von Steuerbescheiden die Möglichkeiten der Rücknahme und des Widerrufs von sonstigen Verwaltungsakten kennen und auf konkrete praxisrelevante Fälle anwenden können. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Festsetzungsfrist ausgehend von der Anlaufhemmung über die besonderen Arten der Fristdauer bis zu den Ablaufhemmungen in allen Facetten anwenden und auch schwierige Fallgestaltungen sachgerecht lösen können. ^(3, 4)</p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Geldleistungsansprüche in Bezug auf Entstehung, Fälligkeit und Erlöschen beherrschen und konkrete Fallgestaltungen sach- und formgerecht lösen können. ⁽³⁾</p>	<p>Nur Hinweis für Bekanntgabe bei Gesellschaften in Liquidation oder nach Vollbeendigung</p> <p>2.3 Korrektur von Steuerverwaltungsakten, Wiederholung und Vertiefung der Änderungstatbestände für Steuerbescheide §§ 164, 165, 172 ff. AO</p> <p>Neu: Rücknahme § 130 AO Widerruf § 131 AO</p> <p>2.4 Festsetzungsverjährung §§ 169 ff. AO Bedeutung, Rechtsfolge</p> <p>Beginn § 170 AO mit Anlaufhemmungen §§ 170 Abs.2, 175 Abs.1 S.2 AO Dauer § 169 Abs.2 AO Ende mit ausgewählten Ablaufhemmungen §§ 171 mit 181 Abs.5 AO</p> <p>3 Haftungsverfahren (nur Hinweis auf Haftungsbescheid, materielle Haftungsnormen kein Unterrichtsstoff)</p> <p>4 Steuerliches Erhebungsverfahren</p> <p>4.1 Steueransprüche</p> <p>4.2 Erstattungsansprüche § 37 Abs.2 AO, Anhang 46 des AO-Handbuchs wird nicht unterrichtet</p> <p>4.3 Entstehung, § 38 AO Fälligkeit, § 220 AO</p>	<p></p> <p></p> <p></p> <p>1</p> <p>5</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS	
<p>Die Studierenden sollen ein illegales Verhalten des Steuerpflichtigen als Steuerhinterziehung oder leichtfertige Steuerverkürzung einordnen können, die Sanktionsmöglichkeiten kennen und die steuerlichen Folgen der Taten beherrschen. ⁽²⁾</p>	<p>4.4 Abrechnungsbescheid</p> <p>4.5 Aufrechnung § 226 AO nur steuerliche Besonderheiten zu Kenntnissen aus dem Privatrecht</p> <p>4.6 Zahlungsverjährung Beginn § 229 AO Dauer § 228 AO Unterbrechung § 231 AO</p>		
	<p>5 Steuerstrafrecht</p> <p>Überblick über Steuerhinterziehung § 370 AO Leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung § 371 AO</p>	2	
	<p>6 Übungen</p>	16	
	<p>7 Prüfungsvorbereitung</p>	12	
	<p>8 Bearbeiten der Klausur</p>	6	
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 		

Fach	SGV (35 Std.) ASV (10 Std.)	Gesamt- stunden 45	Hauptstudium
	Kooperation und ökonomi- sches Arbeiten	Unterrichts- stunden 45	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmenden setzen sich mit den zukünftigen Anforderungen ihres Arbeitsumfelds auseinander und können aus den vermittelten Lerninhalten Handlungsstrategien ableiten, und diese z.B. bei Diskussionen, Präsentationen, Projektarbeiten, Übungen, Praxissimulationen / Rollenspielen anwenden. Schwerpunktmäßig beschäftigen sie sich mit den Themen Arbeitsplanung, Kooperation und Bürgerorientierung.</p> <p><u>Lernziele Arbeitsplanung (10):</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - setzen sich mit ihrem eigenen Arbeitsprofil - d.h. ihren individuellen Zielen und Prioritäten - auseinander ⁽²⁾. - kennen und nutzen Methoden des Selbst- und Zeitmanagements ⁽⁴⁾. - können ihren künftigen Aufgabenbereich rational organisieren und ihre Zeit effektiv einteilen ⁽⁴⁾. <p><u>Lernziele Kooperation (15):</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kooperieren effektiv und effizient ⁽⁴⁾. - verstehen Sinn und Nutzen von kooperativem Verhalten ⁽²⁾. - können Formen und Methoden der Kooperation entwickeln und nutzen ⁽⁷⁾. - kennen Kooperationsnotwendigkeiten und -möglichkeiten in der Finanzverwaltung ⁽²⁾. 	<p>1 Zeit- und Selbstmanagement (4)</p> <p>1.1 Persönliche Ist-Analyse (z.B. Rolle, Werte, Ziele)</p> <p>1.1.1 Individuelle Anforderungen an Zeitmanagement</p> <p>1.1.2 Rollenanforderungen und Rollenkonflikte</p> <p>1.1.3 Motivation, Ziele, Werte und Prioritäten</p> <p>1.1.4 Umgang mit Stress</p> <p>1.2 Zeitplanungsinstrumente</p> <p>1.3 Umgang mit neuen Arbeitsformen, z.B.</p> <p>1.3.1 Telearbeit</p> <p>1.3.2 RMS, E-Lost, Leistungsvergleich, E-Bilanz etc.</p> <p>2 Kooperation</p> <p>2.1 Definition von Kooperation</p> <p>2.1.1 Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen von Kooperation</p> <p>2.2 Grundlagen der Gruppendynamik</p> <p>2.2.1 Gruppen als Systeme</p> <p>2.2.2 Entwicklungsphasen von Gruppen</p> <p>2.2.3 Rollen und Normen in Gruppen</p> <p>2.3 Kooperatives Verhalten in der Verwaltung (4)</p>	<p>10</p> <p>15</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p><u>Lernziele Bürgerorientierung (20):</u></p> <p>Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - handeln bürgerorientiert und verstehen sich auch als Dienstleister ⁽⁴⁾. - verstehen Sinn und Nutzen der Bürgerorientierung für Bürger und Verwaltung ⁽²⁾. - setzen sich mit Motivations-, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für diesen Aufgabenbereich auseinander ⁽¹⁴⁾. 	2.3.1 Strategien und Methoden sinnvoller Kooperation in der Finanzverwaltung	
	3 Bürgerorientierung	
	3.1 Gesellschaftliche Entwicklungen	
	3.1.1 Rolle von Bürger und Verwaltung in der Gesellschaft	2
	3.1.2 Ethik- und Wertewandel in der Gesellschaft und Konsequenzen für den Umgang zwischen Verwaltung und Bürger	6
	3.2 Anforderungen an Verwaltung und Bürger	
	3.2.1 Anforderungen der Bürger an die Verwaltung	
	3.2.2 Anforderungen der Verwaltung an die Bürger	
	3.3 Reaktion der Verwaltung auf die veränderten Anforderungen	
	3.3.1 Verwaltungsmodernisierung und Bürgerorientierung	4
	3.3.2 Nutzen aus den Reaktionen für die Verwaltung und für die Beschäftigten	
	3.4 Grenzen der Bürgerorientierung	
	3.5 Schwierige Gesprächssituationen mit Bürgerinnen und Bürgern, z.B. Umgang mit Bürgerinnen aus anderen Kulturen (Interkulturelle Kompetenz) oder sogenannten „Reichsbürgern“ ⁽⁴⁾ .	8

Fach	Bilanzsteuerrecht	Gesamtstunden 104	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 98	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre im Hinblick auf die tatsächlichen Prüfungszeiträume umsetzen können. ⁽³⁾	1 Bilanzberichtigungen § 4 Abs. 2 EStG 1.1 Bilanzberichtigung bei bestandskräftigen Veranlagungen 1.2 Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre 1.3 Mehr- und Weniger-Rechnung nach der GuV-Methode	12
Die Studierenden sollen die Bilanzierungs- und Bewertungsprinzipien und –maßstäbe sachgerecht anwenden können. ⁽³⁾	2 Bilanzierung / Bewertung 2.1 Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG 2.1.1 Grundsatz der Einzelbewertung § 252 Abs. 1 HGB 2.1.2 Gruppenbewertung § 240 HGB 2.1.3 Bewertung mit einem Festwert § 240 HGB 2.1.4 Verbrauchsfolgeunterstellung § 256 HGB; § 6 Abs.1 Nr.2a EStG 2.2 Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG 2.2.1 Anschaffungskosten § 255 HGB 2.2.2 Durchschnittswert § 240 HGB 2.2.3 Teilwert § 6 Abs.1 EStG	12
Die Studierenden sollen immaterielle und materielle Wirtschaftsgüter abgrenzen können und die besonderen Bilanzierungs-/Bewertungsregeln anwenden können. ⁽³⁾	3 Immaterielle Wirtschaftsgüter 3.1 Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter §§ 248, 255 HGB § 5 Abs.2, § 6 Abs.1 EStG	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS				
<p>Die Studierenden sollen die handels- und steuerrechtliche Bilanzierung von Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften sachgerecht anwenden können.⁽³⁾</p>	3.2 Derivativer Firmenwert §§ 246, 253 HGB § 6 Abs.1 EStG	7				
	4 Beteiligungen		5			
	4.1 Beteiligungen an Personengesellschaften § 253 HGB			7		
	4.2 Beteiligungen an Kapitalgesellschaften §§ 253, 271 HGB				5	
<p>Die Studierenden sollen die Behandlung betrieblicher Wertpapiererträge umsetzen können.⁽²⁾</p>	5 Wertpapiere und ihre Erträge	5				
	5.1 Festverzinsliche Wertpapiere § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG		7			
	5.2 Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren §§ 20 Abs.1, Abs.8 § 43, § 43a EStG			7		
	5.3 Anteile an Kapitalgesellschaften § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG				7	
	5.4 Ausschüttungen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften § 20 Abs.1 u. 8 EStG §§ 43, 43a EStG					7
<p>Die Studierenden sollen die Bewertung von Halb- und Fertigerzeugnissen sachgerecht anwenden können.⁽³⁾</p>	6 Halb- und Fertigerzeugnisse im Herstellungsbetrieb § 255 HGB	7				
	6.1 Begriff und Einteilung der Kosten		7			
	6.2 Herstellungskosten			7		
	6.2.1 Handelsrechtlicher Mindestansatz				7	
	6.2.2 Steuerrechtlicher Mindestansatz					7
	6.2.3 Höchstmöglicher Ansatz nach Handels- und Steuerrecht					

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die verschiedenen Formen von Sonderposten mit Rücklagenanteil abgrenzen und sachgerecht anwenden können.⁽³⁾</p>	6.3 Selbstkosten und Selbstkostenpreis	
	6.4 Kalkulationsverfahren	
	6.4.1 Divisionskalkulation	
	6.4.2 Zuschlagskalkulation	
	6.5 Teilwertfragen	
	6.6 Umsatz- und Gesamtkostenverfahren	
	<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Rückstellungsformen abgrenzen und die Bewertungsprinzipien anwenden können.⁽³⁾</p>	7 Rücklagen
7.1 Rücklage nach § 6b EStG (auch § 6b Abs. 10 EStG) § 6b EStG		
8 Rückstellungen		14
8.1 Handelsrechtliches Rückstellungsgebot § 249 HGB		
8.2 Steuerrechtliche Rückstellungsgebote § 5 Abs.1 EStG; § 249 HGB		
8.3 Steuerrechtliches Rückstellungsverbot §§ 5 Abs.2a, Abs.3, Abs.4, Abs. 4a+b, 6a EStG		
8.4 Rückstellungen (Einzelfälle) für		
8.4.1 Ungewisse Verbindlichkeiten aus privatrechtlichen Verpflichtungen		
8.4.2 Ungewisse Verbindlichkeiten aus öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen		
8.5 Aufwandsrückstellungen		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen den Ablauf einer Außenprüfung und grundlegende Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik kennenlernen. ⁽²⁾	9 Außenprüfung §§ 193 ff. AO	6
	9.1 Begriffe und Arten	
	9.1.1 Zulässigkeit	
	9.1.2 Umfang	
	9.1.3 Durchführung	
	9.1.4 Schlussbesprechung	
	9.2 Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik	
	9.2.1 Istumsatz	
	9.2.2 Sollumsatz	
	9.2.3 Wirtschaftlicher Umsatz	
	9.2.4 Wirtschaftlicher Wareneinsatz	
	9.2.5 Rohgewinn	
	9.2.6 Rohgewinnsatz	
	9.2.7 Reingewinn	
9.2.8 Reingewinnsatz		
9.3 Wirtschaftskriminalität		
BILST-A-3001 bis 3009 und BILST-ÜA-3001 bis 3008	10 Übungen zum Lehrstoff	18
	11 Prüfungsvorbereitung	12
	12 Bearbeiten der Klausur	6

Fach	Einkommensteuer	Gesamtstunden 107	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 101	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden werden über die Rechtsänderungen, die sich im aktuellen Veranlagungsjahr bei Stoffgebieten, die in den vorhergehenden Studienabschnitten behandelt wurden, informiert. ⁽³⁾	1 Rechtsänderungen	2
Die ertragsteuerlichen Folgen der Veräußerung oder Aufgabe einer betrieblichen Einkunftsquelle sollen von den Studierenden in materiell-rechtlicher und technischer Hinsicht umfassend beherrscht werden. ⁽³⁾	2 Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs § 16 EStG	15
Die Auswirkungen der unterschiedlichen Kaufpreisvereinbarungen auf die Höhe des Veräußerungsgewinns werden von den Studierenden sicher beherrscht. ⁽³⁾	2.1 Begünstigter Gegenstand	
	2.1.1 Ganzer Betrieb	
	2.1.2 Organischer Teilbetrieb (Hinweis)	
	2.1.3 Fiktiver Teilbetrieb	
	2.2 Begünstigte Vorgänge	
	2.2.1 Betriebsveräußerung § 16 Abs.1 EStG	
	2.2.2 Betriebsaufgabe § 16 Abs.3 EStG	
Die Studierenden sollen auch die nach der Betriebsveräußerung/Betriebsaufgabe noch anfallenden Ausgaben und Einnahmen sicher beurteilen können. ⁽³⁾	2.3 Die unentgeltliche Betriebsübertragung	
	2.3.1 Gesamtrechtsnachfolge	
	2.3.2 Einzelrechtsnachfolge Teilentgeltliche Betriebsübertragung	
	2.4 Ermittlung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns § 16 Abs.2 EStG	
	2.4.1 Veräußerungspreis Besonderheiten bei unverzinslicher Kaufpreisstundung Besonderheiten bei Raten und Renten Zurückbehaltene Wirtschaftsgüter/Schulden	
	2.4.2 Wert des Betriebsvermögens Zwangsrest-Betriebsvermögen	
	2.4.3 Veräußerungskosten	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden kennen die Voraussetzungen unter denen ein im Ganzen verpachteter Betrieb als „ruhender Betrieb“ weitergeführt werden kann. Sie können praktische Fälle lösen, in denen es zur Zwangsaufgabe des verpachteten Betriebs kommt. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme des Rechtsinstituts „Betriebsaufspaltung“ im Detail kennen und sicher auf praktische Fälle anwenden können. Sie kennen die ertragsteuerlichen Folgen bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung und können die theoretischen Kenntnisse auf praktische Fälle anwenden. ⁽³⁾</p> <p>Die Folgen bei Wegfall der Voraussetzungen für die Annahme einer Betriebsaufspaltung werden sicher überblickt. ⁽³⁾</p>	2.4.4 Abgrenzung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns vom laufenden Gewinn	
	2.4.5 Nachträgliche Einkünfte aus dem ehemaligen Betrieb § 24 Nr.2 EStG	
	2.5 Freibetrag § 16 Abs.4 EStG	
	2.6 Ermäßigter Steuersatz § 34 EStG	
	2.7 Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe im Bereich der selbständigen Arbeit § 18 EStG	
	3 Betriebsverpachtung §§ 15, 16 Abs.3b EStG	3
	3.1 Verpachtung des ganzen Betriebs	
	3.1.1 Ruhender Betrieb	
	3.1.2 Verpächterwahlrecht	
	3.1.3 Zwangsaufgabe	
	4 Betriebsaufspaltung § 15 EStG	11
	4.1 Begriff/Tatbestandsmerkmale	
	4.1.1 Personelle Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen	
	4.1.2 Sachliche Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen	
	4.2 Arten der Betriebsaufspaltung	
	4.2.1 Echte Betriebsaufspaltung	
	4.2.2 Unechte Betriebsaufspaltung	
4.2.3 Mitunternehmerische / kapitalistische Betriebsaufspaltung (Hinweis)		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden können sicher beurteilen in welchen Fällen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und transparenten Gesellschaften steuerverstrickt sind. Sie können die theoretischen Voraussetzungen anhand von Übungsfällen sicher umsetzen. ⁽³⁾</p>	<p>4.3 Entstehung einer Betriebsaufspaltung (Gründung)</p> <p>4.3.1 Echte Betriebsaufspaltung</p> <p>4.3.2 Unechte Betriebsaufspaltung</p> <p>4.4 Laufende Besteuerung bei bestehender Betriebsaufspaltung</p> <p>4.4.1 Einkunftsart beim Besitzunternehmen</p> <p>4.4.2 Behandlung der verpachteten Wirtschaftsgüter</p> <p>4.4.3 Behandlung der Beteiligungen am Betriebsunternehmen</p> <p>4.5 Beendigung der Betriebsaufspaltung</p>	
	<p>5 Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften § 17 EStG</p> <p>5.1 Begriff/Voraussetzungen</p> <p>5.1.1 Relevante Beteiligungen im Fünfjahreszeitraum</p> <p>5.1.2 Unentgeltlich erworbene Anteile</p> <p>5.1.3 Teilentgeltlich erworbene Anteile</p> <p>5.1.4 Verdeckte Einlage</p> <p>5.2 Ermittlung des Veräußerungsgewinns/-verlustes § 17 Abs.2 EStG</p> <p>5.2.1 Veräußerungspreis</p> <p>5.2.2 Veräußerungskosten</p> <p>5.2.3 Anschaffungskosten</p> <p>5.2.4 Teileinkünfteverfahren § 3 Nr.40 S.1 Bst. c EStG</p> <p>5.2.5 Wahlrecht zur laufenden Besteuerung</p>	<p>8</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von wiederkehrenden Bezügen sicher voneinander abgrenzen können. ⁽³⁾ Die steuerliche Behandlung wird sicher beherrscht bei betrieblichen und privaten Veräußerungsrenten sowie bei private Versorgungsleistung. ⁽³⁾ Betriebliche Versorgungsleistungen, Unterhaltsleistungen und Schadensersatzrenten werden im Überblick behandelt. ⁽²⁾ <u>Anmerkung:</u> Altersrenten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden abschließend im Grundstudium 1 behandelt.</p>	5.3 Verlustausgleichsbeschränkungen	14
	5.4 Freibetrag § 17 Abs.3 EStG	
	6 Steuerliche Behandlung von wiederkehrenden Bezügen / Leistungen und Zahlungen nach §10 Abs.1a EStG	
	6.1 Einteilung und Abgrenzung der wiederkehrenden Bezüge / Leistungen und Zahlungen nach §10 Abs.1a EStG (Renten, Dauernde Lasten, Sonstige wiederkehrende Bezüge/Leistungen)	
	6.2 Unterscheidung nach Art der Begründung	
	6.2.1 Entgeltliche Begründung	
	6.2.2 Unentgeltliche Begründung	
	6.3 Steuerliche Behandlung beim Berechtigten und beim Verpflichteten am Beispiel der Renten	
	6.3.1 Betriebliche Veräußerungsrenten	
	6.3.2 Betriebliche Versorgungsrenten (Hinweis)	
	6.3.3 Private Veräußerungsrenten	
	6.3.4 Private Versorgungsrenten Begünstigte und ausreichend Ertrag bringende Wirtschaftseinheit (Altfälle vor dem 1.1.2008 nur als Hinweis) § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG	
	6.3.5 Teilentgeltliche Übertragung im Zusammenhang mit wiederkehrenden Bezügen / Leistungen und Zahlungen nach §10 Abs.1a EStG	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Vermögensübertragungen von Privatvermögen sollen aufbauend auf die Kenntnisse aus dem Grundstudium 2A vertieft werden. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedliche Behandlung von vereinbarten Teilentgelten bei Übertragungen von Privatvermögen und von Betriebsvermögen auf praktische Fälle umsetzen können.</p>	6.3.6 Unterhaltsleistungen § 12 Nr.2 EstG	5
	6.3.7 Höhe des Ansatzes bzw. Abzugs beim Berechtigten/Verpflichteten	
	6.3.8 Ertragsanteil bei Leibrenten Ertragsanteil bei abgekürzten Leibrenten Erhöhung und Herabsetzung von Leibrenten Kapitalabfindung bei Leibrenten	
	6.3.9 Bei dauernden Lasten / Sonstigen wiederkehrenden Bezügen	
	6.4 Raten und Renten im Zusammenhang mit privaten Veräußerungsgeschäften § 23 EStG	
	6.5 Renten aus gesetzlichen und privaten Versicherungen	
	6.6 Schadensrenten	
	6.7 Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich (Hinweis)	
	7 Vermögensübertragungen im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge § 15, § 17, § 21 EStG	
	7.1 Übertragung von Privatvermögen (vgl. auch Lehrplan ESt Grundstudium 2A, Tz 3.6.4)	
	7.1.1 Abstands- und Ausgleichszahlungen	
	7.1.2 Übernahme von Verbindlichkeiten	
	7.1.3 Laufende Leistungen	
	7.1.4 Folgen beim Übergeber	
7.1.5 Folgen beim Übernehmer		
7.2 Übertragung von Betriebsvermögen		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die ertragsteuerlichen Grundlagen für Vermögensübergänge im Wege der Gesamtrechtsnachfolge sollen von den Studierenden sicher beherrscht werden. ⁽³⁾ Die ertragsteuerlichen Folgen der Erbaueinandersetzung bei den abfindenden und den weichen Miterben sollen von den Studierenden sicher anhand praktischer Fälle beherrscht werden. ⁽³⁾</p>	7.2.1 Teilentgelt übersteigt die Buchwerte	8
	7.2.2 Teilentgelt übersteigt die Buchwerte nicht	
	8 Ertragsteuerliche Behandlung von Erbfällen BMF-Schreiben vom 14.3.2006	
	8.1 Nur ein Erbe ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB	
	8.1.1 Erbmasse ohne Betriebsvermögen	
	8.1.2 Erbmasse mit Betriebsvermögen	
	8.2 Erbgemeinschaft ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB	
	8.2.1 Erbaueinandersetzung im Privatvermögen	
	8.2.1.1 Ohne Ausgleichszahlungen (reale Teilung)	
	8.2.1.2 Mit Ausgleichszahlungen	
	8.2.2 Erbaueinandersetzung im Betriebsvermögen	
	8.2.2.1 Ohne Ausgleichszahlungen	
	8.2.2.2 Mit Ausgleichszahlungen (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)	
	8.3 Tod eines Mitunternehmers (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)	
	8.4 Besteuerung des Vermächtnisnehmers und des Pflichtteilsberechtigten	

Lernziele	Lehrinhalt		LVS	
<p>In Ergänzungen zu den im Grundstudium 1 behandelten Sachbezügen im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis lernen die Studenten die geldwerten Vorteile, die nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung bewertet werden, die Personalrabatte und die Vorteile aus Arbeitgeberdarlehen kennen. ⁽²⁾ Die Studierenden kennen die Besonderheiten bei der Gewährung von bloßen Annehmlichkeiten und bei der Gewährung von Vorteilen anlässlich von Betriebsveranstaltungen. ⁽²⁾</p>	9	Besonderheiten zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit	3	
	9.1	Geldwerte Vorteile / Sachbezüge aus Arbeitsverhältnissen		
	9.1.1	Sachbezüge, die mit den üblichen Endpreisen am Abgabeort zu bewerten sind		
	9.1.2	Sachbezüge, die mit amtlichen Sachbezugswerten zu bewerten sind		
	9.1.3	Unterkunft / Wohnung Mahlzeiten		
	9.1.4	Verbilligter Bezug von Waren und Dienstleistungen		
	9.2	§ 8 Abs.3 EStG		
	9.3	Verbilligte Arbeitnehmerdarlehen		
	9.2	Bloße Aufmerksamkeiten		
	9.3	Betriebsveranstaltungen		
		10	Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 12) und Besprechung der Klausur	20
		11	Bearbeiten der Klausur	6
		12	Prüfungsvorbereitung	12
<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelte Lehrinhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 				

Fach	Gewerbsteuer	Gesamtstunden 14	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 14	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Der besondere Charakter der Gewerbesteuer als Objektsteuer soll von den Studierenden erkannt werden; die Unterschiede zu anderen Steuerarten sollen klar überblickt werden. ⁽¹⁾	1	Einführung	1
	1.1	Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem, Abgrenzung zu anderen Steuerarten	
	1.2	Gewerbesteuer als Gemeindesteuer/wirtschaftliche Bedeutung	
	1.3	Rechtsgrundlagen	
Die Studierenden können das jeweilige Steuerobjekt bei den unterschiedlichen Rechtsträgern klar definieren. ⁽²⁾ Die Abgrenzung der gewerblichen Tätigkeit von der bloßen Vermögensverwaltung, sowie der land- und forstwirtschaftlichen und freiberuflichen Tätigkeit kann zuverlässig vorgenommen werden. ⁽³⁾ Der Studierende hat einen Überblick über die Steuerbefreiungen bei der Gewerbesteuer. ⁽¹⁾	2	Steuergegenstand	2
	2.1	Begriff des stehenden Gewerbebetriebs § 2 Abs.1 GewStG	
	2.2	Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten	
	2.2.1	Vermögensverwaltung	
	2.2.2	Land- und Forstwirtschaft	
	2.2.3	Freiberufliche Tätigkeit	
	2.3	Gewerbebetrieb kraft Rechtsform § 2 Abs.2 GewStG	
	2.4	Mehrheit von Betrieben	
	2.5	Steuerbefreiungen (Hinweis)	
Die Studierenden können die Ausgangsbeträge zur Berechnung des Gewerbeertrags zutreffend übernehmen. ⁽³⁾ Die Studierenden kennen die Voraussetzungen für die wichtigsten Hinzurechnungen der Entgelte für Schulden, der Renten und dauernden Lasten sowie der Miet- und Pachtaufwendungen. ⁽³⁾ Die restlichen Hinzurechnungen kennen die Studierenden im Überblick. ⁽¹⁾	3	Gewerbeertrag als Bemessungsgrundlage § 7 GewStG	1
	3.1	Gewinn lt. EStG/KStG als Ausgangsgröße	
	3.1.1	Besonderheiten bei Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinnen	
	3.1.2	Besonderheiten bei Entschädigungen	
	3.2	Hinzurechnungen § 8 GewStG	3
	3.2.1	Finanzierungsanteile	
	3.2.2	Gewinnanteile aus Beteiligungen	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden können die wichtigsten Kürzungen des Gewerbeertrags für betrieblichen Grundbesitz und Gewinnen aus Beteiligungen sicher bestimmen.⁽³⁾</p> <p>Sie beherrschen den gewerbesteuerlichen Zuwendungsabzug⁽³⁾ und haben einen Überblick über die übrigen Kürzungsvorschriften.⁽¹⁾</p>	<p>3.2.3 Andere Zurechnungen (Hinweis)</p> <p>3.3 Kürzungen § 9 GewStG</p> <p>3.3.1 Betrieblicher Grundbesitz</p> <p>3.3.2 Gewinnanteile aus Beteiligungen</p> <p>3.3.3 Zuwendungen</p> <p>3.3.4 Andere Kürzungen (Hinweis)</p>	3
<p>Die Studierenden kennen die Berechnungsschritte zur Ermittlung der Gewerbesteuermesszahl und des Gewerbesteuermessbetrags sicher;⁽³⁾ sie haben einen Überblick über die Verlustbehandlung und Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags.⁽¹⁾</p>	<p>4 Festsetzung § 14 GewStG</p> <p>4.1 Erhebungszeitraum</p> <p>4.2 Steuermesszahl und Steuermessbetrag § 11 GewStG</p> <p>4.3 Hebesatz</p> <p>4.4 Gewerbeverlust (Hinweis)</p> <p>4.5 Zerlegung (Hinweis)</p>	1
	<p>5 Überblick über Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb nach § 35 EStG</p>	1
	<p>6 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1- 4)</p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 	2

Fach	Internationales Steuerrecht	Gesamtstunden 44	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 44	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die grundsätzlichen Fallgestaltungen internationaler Sachverhalte sollen erkannt werden. ⁽¹⁾	1 Einführung 1.1 Der internationale Sachverhalt (= Überblick über das Studienfach) 1.2 Verhältnis von nationalem und internationalem Recht 1.3 Qualifikationskonflikte 1.4 Welteinkommen, Wohnsitzbesteuerung, Quellenbesteuerung	2
Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 34c EStG sollen (in Grundfällen) von den Studierenden sicher beherrscht werden. ⁽³⁾	2 Einseitige Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung der Doppelbesteuerung 2.1 Steuer-Inländer mit Auslandsinteressen 2.2 Ausländische Einkünfte § 34d EStG 2.2.1 Anrechnung ausländischer Steuern § 34c Abs.1 EStG 2.2.2 Abzug ausländischer Steuern § 34c Abs.2 EStG 2.2.3 Pauschalierung (Hinweis)	6
Die Studierenden sollen das Besteuerungsrecht für die einzelnen Einkunftstypen sicher zuweisen können. ⁽³⁾	3 Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA) 3.1 Rechtscharakter der DBA's 3.2 Grundsätze zur Anwendung eines DBA 3.3 Persönlicher Geltungsbereich 3.4 Sachlicher Geltungsbereich 3.5 Aufbau und Wirkungsweise (OECD-Musterabkommen) 3.5.1 Wohnsitz-Besteuerung / Quellenbesteuerung Art. 4 M-DBA	7

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Voraussetzungen für das Vorliegen der beschränkten ESt-Pflicht sollen von den Studierenden geprüft werden können ⁽²⁾	3.5.2 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen Art. 6 M-DBA	7
	3.5.3 Unternehmensgewinne Art. 7 M-DBA	
	3.5.4 Dividenden, Lizenzen und Zinsen Art. 10-12 M-DBA	
	3.5.5 Einkünfte aus unselbständiger Arbeit Art. 15 M-DBA Einzelheiten zur 183-Tage-Regelung – Künstler und Sportler	
	3.5.6 Künstler und Sportler	
	3.6 Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung Art. 23 M-DBA	
	3.6.1 Befreiungsmethode mit Progressionsvorbehalt	
	3.6.2 Anrechnungsmethode	
	4 Beschränkte Einkommensteuerpflicht § 1 Abs.4 EStG	
	4.1 Ausländer und Inlandsbeziehungen	
	4.1.1 Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte § 49 Abs.1 EStG	
	4.1.2 Inländische Einkünfte	
	4.1.3 Ermittlung der inländischen Einkünfte	
	4.1.4 Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag § 1 Abs.3 EStG	
	4.1.5 Besonderheiten bei Angehörigen eines EU-Staates § 1a EStG	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen in Grundfällen beherrschen, wie sich Verluste aus ausländischen Einkunftsquellen auf das zu versteuernde Einkommen und den Steuersatz auswirken ⁽²⁾</p>	4.2	
	Isolierende Betrachtungsweise für inländische Einkünfte § 49 Abs.2 EStG	
	4.3	
	Steuerabzugsverfahren bei beschränkter Steuerpflicht § 50 Abs.2 EStG	
	4.3.1	
	Erweiterung der Steuerabzugsfälle	
	4.4	
	Veranlagte inländische Einkünfte	
	4.4.1	
	Inländische Betriebsstätte - Gewinnermittlung (Grundzüge)	
	4.4.2	
	Einkünfte aus selbständiger Arbeit	
	4.4.3	
	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
	4.4.4	
	Andere Einkünfte (Überblick)	
	4.5	
Wechsel der Steuerpflicht innerhalb des Veranlagungszeitraums		
4.5.1		
§ 2 Abs.7 EStG		
5		
Negative ausländische Einkünfte	5	
5.1		
Verlustausgleichsverbot / Verlustausgleichsbeschränkung § 2a Abs.1 EStG		
5.1.1		
Anwendungsfälle		
5.1.2		
Verlustvortragmöglichkeit in Folgejahren		
5.2		
Produktivitätsklausel § 2a Abs.2 EStG		
5.2.1		
Nicht-DBA-Einkünfte		
5.2.2		
DBA-Einkünfte		

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
<p>Die Studierenden sollen erkennen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Rechtsfolgen sich in bestimmten Fällen ein Wohnsitzwechsel ins Ausland auswirkt. ⁽²⁾</p>	<p>6 6.1 6.2 6.3 6.4</p>	<p>Außensteuergesetz Problemstellung / Zielsetzungen Grundsätze / Entstrickungsregelungen allgemein Behandlung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland § 6 AStG Hinzurechnungsbesteuerung § 7 AStG, Grundzüge</p>	<p>5</p>
<p>Die Studierenden sollen die Grenzpendlerregelungen eines DBA kennen gelernt haben. ⁽¹⁾</p>	<p>7 7.1 7.2 7.3</p>	<p>Sonderproblematik bei Grenzpendlern Option zur unbeschränkten Steuerpflicht nach § 1 Abs.3 EStG Rechtsfolgen der Option Personen- und familienbezogene Vergünstigungen</p>	<p>3</p>
<p>Die Studierenden sollen sich die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit vorstellen können. ⁽¹⁾</p>	<p>8 8.1 8.2</p>	<p>Zusammenarbeit mit anderen Staaten Verständigungsverfahren Zwischenstaatlicher Austausch von Auskünften</p>	<p>2</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p data-bbox="683 577 1217 651">9 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 8)</p> <p data-bbox="683 696 1222 730">Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul data-bbox="683 779 1273 1077" style="list-style-type: none"><li data-bbox="683 779 1273 846">- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben<li data-bbox="683 880 1273 947">- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte<li data-bbox="683 981 1273 1077">- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte	7

Fach	Körperschaftsteuer	Gesamtstunden	28	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden	28	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die im G 2 B vermittelten Besonderheiten bei der Einkommensermittlung einer KapGes vertiefen und sicher beherrschen. ⁽³⁾</p> <p>Die Besonderheiten der Behandlung von Tantieme- und Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer werden in Grundfällen dargestellt. ⁽²⁾</p> <p>Die Gesellschafter Fremdfinanzierung wird in Grundzügen vorgestellt. ⁽¹⁾</p> <p>Die Behandlung von Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften (und Genossenschaften) sowie von Ausschüttungen auf diese Beteiligungen soll von den Studierenden beherrscht werden. ⁽²⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme einer verdeckten Einlage kennen und die steuerlichen Folgen bei der Gesellschaft und den Anteilseignern sicher umsetzen können. ⁽³⁾</p>	<p>1</p> <p>1.1</p> <p>1.2</p> <p>1.2.1</p> <p>1.2.2</p> <p>1.2.3</p> <p>1.3</p> <p>1.4</p> <p>1.4.1</p> <p>1.4.2</p> <p>1.4.3</p> <p>1.5</p>	<p>Ermittlung des zu versteuerten Einkommens einer Kapitalgesellschaft</p> <p>Behandlung von Gewinn- bzw. Kapitalrücklagen und Gewinnvortrag §§ 266 Abs.3, 272 Abs.2, Abs.3 HGB</p> <p>Beteiligung an anderen Kapitalgesellschaften / Genossenschaften</p> <p>Erhaltene Gewinnausschüttungen § 8b Abs.1, Abs.4 KStG</p> <p>Veräußerung der Beteiligung § 8b Abs.2 KStG</p> <p>Aufwendungen im Zusammenhang mit Beteiligungserträgen / Veräußerungsgewinnen § 8b Abs.5, Abs.3 S.1 - S.3 KStG</p> <p>Besonderheiten bei verdeckten Gewinnausschüttungen, verdeckte Gewinnausschüttungen bei Tantiemen und Pensionszusagen (§ 8 Abs.3 S.2 KStG)</p> <p>Verdeckte Einlagen</p> <p>Begriff / Voraussetzungen</p> <p>Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft § 8 Abs.3 S.3 ff. KStG</p> <p>Auswirkungen beim Anteilseigner</p> <p>Zinsschranke und Gesellschafter-Fremdfinanzierung (Hinweis) § 8a KStG i.V.m. § 4h EStG</p>	<p>13</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die Notwendigkeit der gesonderten Feststellung des steuerlichen Einlagekontos klar erkennen und die Regeln dieser gesonderten Feststellung sicher beherrschen. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die Durchführung des Verlustabzugs sicher beherrschen. ⁽³⁾ Das Verlustabzugsverbot beim sog. „Mantelkauf“ soll den Studierenden in Grundzügen klar sein. ⁽²⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die kstliche Organschaft in den Grundfällen kennen und die Unterschiede zur ustlichen Organschaft wissen. ⁽¹⁾</p>	<p>2 Das steuerliche Einlagekonto</p> <p>2.1 Die Feststellung des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.2 KStG</p> <p>2.2 Ausgangsbetrag und Zugänge § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.3 Der Verbrauch des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.4 Auswirkungen der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos beim Gesellschafter u.a. § 20 Abs.1 Nr.1 S.3 EStG, § 17 Abs. 4 EStG</p>	<p>4</p>
	<p>3 Die Behandlung von Verlusten einer KapGes</p> <p>3.1 Bei der Einkommensermittlung § 10d EStG</p> <p>3.2 Die Beschränkung der Verlustverrechnung bei Kapitalgesellschaften § 8c, § 8d KStG</p>	<p>3</p>
	<p>4 Besprechung von Übungen (Tz. 1 – 5)</p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte - eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte 	<p>8</p>

Stand:

Fach	Besteuerung der Gesellschaften	Gesamtstunden 76	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 70	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen:	I. Personengesellschaften	
- die unterschiedlichen Gründungsfallgruppen kennen lernen, verstehen und Fälle lösen können ⁽⁴⁾	1 Gründung von Personengesellschaften	13
	1.1 Bargründung	
	1.2 Sachgründung	
	1.2.1 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Privatvermögen § 6 Abs.6 EStG	
- § 24 UmwStG anwenden können ⁽³⁾	1.2.2 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus einem Betriebsvermögen § 6 Abs.5 S.3 EStG	
	1.2.3 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils § 24 UmwStG	
Hinweis: Es entfällt eine technische Variante (Anhang 28 II, 24.14 ESt-Handbuch, zeitl. Umfang 3 LVS	1.2.4 Wahlrechte des Umwandlungssteuergesetzes	
	1.2.5 Buchwertfortführung § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.6 Ansatz des gemeinen Wertes § 24 Abs.2 S.1 UmwStG	
	1.2.7 Ansatz eines Zwischenwerts § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.8 Einbringung mit Zuzahlung in den Fällen des § 24 UmwStG	
	1.2.9 Steuerliche Folgen aus der unterschiedlichen Wahlrechtsausübung durch die Personengesellschaft § 24 Abs.4 UmwStG	
- den Eintritt eines Gesellschafters bilanziell umsetzen können ⁽³⁾	2 Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft § 24 UmwStG	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- den Gesellschafterwechsel mit seinen bilanziellen Konsequenzen umsetzen können	3 Gesellschafterwechsel § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	6
- die Konsequenzen des Ausscheidens eines Gesellschafters bilanzsteuerlich umsetzen können ⁽⁴⁾	4 Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Personengesellschaft § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	5
- die Grundzüge des § 15a Abs. 1 und Abs. 2 EStG verstehen und anwenden ⁽²⁾ ; § 15a Abs. 3 wird nicht besprochen	5 Verluste bei beschränkter Haftung gemäß § 15a EStG 5.1 Anwendungsbereich 5.2 Verrechenbare Verluste § 15a Abs.2 EStG 5.3 Gesonderte Feststellungen § 15a Abs.4 EStG	5
- die Grundzüge der GmbH & Co KG kennen lernen und umsetzen können ⁽³⁾	6 Verbundene Unternehmen, Doppelgesellschaften 6.1 Obergesellschaft als Mitunternehmer 6.2 Unterbeteiligung § 15 Abs.1 Nr.2 EStG 6.3 GmbH & Co KG § 15 Abs.1 Nr.2 EStG 6.3.1 Gründung § 161 Abs.1, Abs.2, § 105 Abs.3 HGB, § 705 ff. BGB 6.3.2 Gewerbliche Prägung § 15 Abs.3 EStG 6.3.3 Vermögensverwaltende GmbH u. Co KG §§ 161 Abs.2, 105 Abs.2 HGB 6.3.4 Bilanzsteuerrechtliche Besonderheiten 6.3.5 Laufende Besteuerung	5

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>- § 20 UmwStG vorgestellt bekommen und diese Vorschrift in ihren Grundzügen im Rahmen von Fallbearbeitungen beherrschen ⁽²⁾; die zivilrechtlichen Grundlagen und die Ziffern 9.1 – 9.9 werden nur kurz angesprochen ⁽¹⁾</p> <p>- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾</p>	<p>7</p> <p>Betriebsaufspaltung Detaillehrplan siehe Hauptstudium/Einkommensteuer</p>	
	<p>II.</p> <p>Kapitalgesellschaften</p>	
	<p>8</p> <p>Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH –</p>	3
	<p>8.1</p> <p>Stammkapital, Stammeinlage, Bar- und Sachgründung § 5 GmbHG</p>	
	<p>8.2</p> <p>Gründung §§ 2, 3, 11 GmbHG</p>	
	<p>8.3</p> <p>Organe § 35, § 48 GmbHG</p>	
	<p>8.4</p> <p>Geschäftsführung, Vertretung § 6 GmbHG, § 35 GmbHG</p>	
	<p>8.5</p> <p>Gesellschaftsvermögen</p>	
	<p>8.6</p> <p>Haftung § 11 Abs.2 GmbHG § 13 Abs.2 GmbHG</p>	
	<p>8.7</p> <p>Kapitalersetzende Darlehen § 17 EStG</p>	
	<p>8.8</p> <p>Gewinn- und Verlustbeteiligung</p>	
	<p>8.9</p> <p>Eintritt, Austritt aus der GmbH, Anteilsübertragung § 17 EStG</p>	
	<p>8.10</p> <p>Einbringung von Unternehmensanteilen in eine Kapitalgesellschaft (§ 20 UmwStG)</p>	
	<p>9</p> <p>Aktiengesellschaft – AG</p>	
	<p>9.1</p> <p>Grundkapital, Aktie, Arten der Aktie, Bezugsrecht §§ 6, 7, 8, § 186 AktG</p>	
<p>9.2</p> <p>Gründung §§ 23, 29, 30, 36, 36a AktG</p>		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	9.3 Organe §§ 76 ff., 95 ff., 118 AktG	
	9.4 Geschäftsführung, Vertretung §§ 76 Abs.1, 78 Abs.1 AktG	
	9.5 Gesellschaftsvermögen	
	9.6 Haftung § 29 AktG, § 41 AktG	
	9.7 Gewinn- und Verlustbeteiligung	
	10 Gewinnermittlung bei Kapitalgesellschaften	
	10.1 Laufende Gewinnermittlung § 266 HGB	
	10.2 Buchtechnische Behandlung nicht abziehbarer Ausgaben	
	10.3 Schuldrechtliche Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	
	10.4 Jahresabschluss § 264 HGB	
	10.4.1 Darstellung des Eigenkapitals § 266 Abs.3 HGB	
	10.4.2 Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	
	10.4.3 Buchtechnische Behandlung des festgestellten Gewinns	
	10.4.4 Ausschüttung	
	10.4.5 Rücklagendotierung	
	10.4.6 Vortrag auf neue Rechnung	
	- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	12 Europäische Gesellschaftsformen Art.1 ff. EWIV-VO (EWG) Art.2 EWIV-VO § 1 AusführungsG, 105 ff. HGB, 105 Abs.3 HGB, 705 BGB	
- die Bewertung des Betriebsvermögens von Personengesellschaften zutreffend durchführen können ⁽³⁾	III. Verkehrssteuerrechtliche Auswirkungen bei Personen- und Kapitalgesellschaften ErbSt / SchenkSt / GrErwSt 13 Betriebsvermögen der Personengesellschaften Bew 13.1 Ansatz und Bewertung des Sonderbetriebsvermögens § 97 Abs.1 Nr.5 BewG 13.2 Ableitung vom letzten Bilanztag bei Personengesellschaften § 109 BewG 13.3 Aufteilung des Betriebsvermögenswerts § 97 Abs.1a BewG	4
- die Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften zutreffend durchführen können ⁽³⁾	14 Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften 14.1 Ableitung des gemeinen Werts aus Verkäufen (auch Paketzuschlag) § 11 Abs.2 u. Abs.3 BewG 14.2 Ermittlung des gemeinen Werts im vereinfachten Ertragswertverfahren § 97 Abs. 1b BewG 14.2.1 Ermittlung Substanzwert § 109 BewG	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- die Besteuerung des Unternehmensvermögens in ihrem systematischen Aufbau beherrschen und Sondertatbestände erkennen können ⁽²⁾ - einen kurzen Überblick erhalten ⁽¹⁾	14.2.2 Ansatz und Bewertung der Besitz- und Schuldposten	
	14.2.3 Ableitung vom letzten Bilanztag bei Kapitalgesellschaften	
	14.2.4 Ermittlung Ertragswert §§ 199 Abs.1, 200 - 203 BewG	
	14.2.5 Sonderfälle	
	15 Erbschaftsteuer / Schenkungssteuer	2
	15.1 Besteuerung des Unternehmensvermögens §§ 13a, 13b ErbStG	
	15.2 Steuerbefreiungen	
	IV. Übungen zum Lehrstoff I	9
	V. Übungen zum Lehrstoff III	4
	VI. Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff I	8
	VII. Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff III	2
	Die Lehrinhalte werden unterstützt durch - unterrichtsbegleitende <u>Arbeitsblätter</u> mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben - gesonderte <u>Übungsaufgaben</u> zur Verarbeitung behandelte Lehrinhalte - eigenständig zu bearbeitende <u>Hausaufgaben</u> zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte	

Fach	Umsatzsteuer	Gesamtstunden 64	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden 58	Klausurstunden 6

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die Voraussetzungen und Folgen der Umsatzsteuerrechtlichen Organschaft zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾	1 Unternehmer, Unternehmen 1.1 Organschaft § 2 Abs. 2 Nr.2 UStG	4
Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen des Leistungsaustausches sollen die Studierenden	2 Leistungsaustausch § 1 Abs. 1 Nr.1 S.1 UStG	7
- die Voraussetzungen für das Vorliegen eines nicht steuerbaren Schadensersatzes erkennen, diesen vom steuerbaren Leistungsaustausch abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können, ⁽³⁾	2.1 Wiederholung der allgemeinen Grundsätze, insbesondere auch zu Lieferungen und Sonstigen Leistungen 2.2 Entschädigungen bei Vertragsstörungen (Nichterfüllung, Leistungsverzug, Zahlungsverzug, Annahmeverzug)	
- die Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen an das Personal umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und konkrete Fallgestaltungen sachgerecht lösen können, ⁽³⁾	2.3 Entschädigungen von Versicherungen 2.4 Entschädigungen bei vorzeitiger Vertragsauflösung	
- die Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und konkrete Fallgestaltungen sachgerecht lösen können, ⁽³⁾	2.5 Zuwendungen an das Personal (Naturalleistungen, Personalrabatte, Versicherungen) § 3 Abs. 1b Nr.2 u. Abs. 9a UStG 2.6 Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt	
- die Grundlagen der umsatzsteuerlichen Behandlung von Unternehmerzusammenschlüssen erkennen und verstehen können. ⁽²⁾		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen von Lieferungen und sonstigen Leistungen sollen die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundlagen der umsatzsteuerlichen Behandlung von Leasinggeschäften erkennen und verstehen können, ⁽²⁾ - die Voraussetzungen für das Vorliegen von und die Besonderheiten in Zusammenhang mit Kommissions- bzw. Agenturgeschäften erkennen, diese voneinander abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können. ⁽³⁾ 	<p>3</p> <p>Abgrenzung Lieferung - sonstige Leistung</p> <p>3.1 Handeln in eigenem und fremdem Namen</p> <p>3.1.1 Kommissionsgeschäfte § 3 Abs. 3 UStG</p> <p>3.1.1.1 Grundfall</p> <p>3.1.1.2 Grenzüberschreitende Kommissionsgeschäfte</p> <p>3.1.2 Agenturgeschäfte (ohne unechte Agentur und Ladenrechtsprechung) § 3 Abs. 9 UStG</p> <p>3.1.2.1 Grundfall (inklusive Vorschriften zum Leistungsort)</p> <p>3.1.2.2 Steuerbefreiungen bei Vermittlungsgeschäften</p>	<p>6</p>
<p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen und Folgen einer echten und einer unechten Geschäftsveräußerung umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾</p>	<p>4</p> <p>Geschäftsveräußerung § 1 Abs. 1a UStG</p> <p>4.1 Wesentliche Grundlagen eines Unternehmens</p> <p>4.2 Gesondert geführter Betrieb</p> <p>4.3 Grundsätzliche Behandlung; Folgen für Vorsteuerberichtigung</p> <p>4.4 Folgen des Zurückbehaltens wesentlicher Betriebsgrundlagen (sog. unechte Geschäftsveräußerung)</p> <p>4.4.1 Behandlung bestimmter Besitzposten (halbfertige Arbeiten, Firmenwert)</p> <p>4.4.2 Behandlung bestimmter Passivposten (Schulden, Rückstellungen, Wertberichtigung)</p>	<p>3</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die umsatzsteuerrechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit der Gründung von Gesellschaften und dem Ein- bzw. Austritt von Gesellschaftern von Personengesellschaften zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen auf der Grundlage der als bekannt vorausgesetzten Kenntnisse über die Besteuerungsformen und Besteuerungsarten, die Voraussetzungen und Folgen des Wechsels von Besteuerungsform und Besteuerungsart umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. ⁽³⁾</p>	<p>5 Gründung von Gesellschaften</p> <p>5.1 Gründung von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften (nur GmbH)</p> <p>5.2 Ein- und Austritt von Gesellschaftern bei Personengesellschaften</p>	7
	<p>6 Wechsel der Besteuerungsform und der Besteuerungsart § 19 u. § 13 UStG</p> <p>6.1 Zulässigkeit des Wechsels</p> <p>6.2 Folgen des Wechsels (Forderungen, Anzahlungen, Vorsteuerabzug, Rechnungen)</p>	5
	<p>7 Übungen zum Lehrstoff</p>	14
	<p>8 Prüfungsvorbereitung</p>	12
	<p>9 Bearbeiten der Klausur</p>	6
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterrichtsbegleitende Arbeitsblätter mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben <p>gesonderte Übungsaufgaben zur Verarbeitung behandelte Lehrinhalte</p>	

Fach	Fallstudien	Gesamtstunden	
		Unterrichtsstunden	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen im Rahmen komplexer Fallgestaltungen den Unterrichtsstoff aus dem Grundstudium problemorientiert anwenden und nachvollziehbare Lösungsansätze erarbeiten und präsentieren können.	<p>Themenschwerpunkte</p> <p>Fallstudie Abgabenordnung</p> <p>1 Wiederholung Einspruchsverfahren</p> <p>1.1 Auslegung von Einwendungen gegen Verwaltungsakte</p> <p>1.2 Abgrenzung Einspruchsverfahren vom Abrechnungsverfahren gem. § 218 Abs.2 AO</p> <p>1.3 Unterscheidung der Zielrichtung von Verspätungszuschlag und Zwangsverfahren</p> <p>1.4 Wiederholung Zulässigkeitsvoraussetzungen des Einspruchs</p> <p>1.5 Probleme zum Rechtsschutzbedürfnis</p> <p>2 Begründetheitsprüfung des Einspruchs</p> <p>2.1 Beschränkung der Neuentscheidung § 351 AO</p> <p>2.2 Korrekturtatbestände und § 351 Abs.1, §§ 173, 175 Abs.1 S.1 Nr.1 und Nr.2, 129 AO</p> <p>2.3 Heilung eines Begründungsmangels § 126 Abs.1 Nr.3 AO</p> <p>2.4 Heilung der Verletzung rechtl. Gehörs § 126 Abs.1 Nr.2 AO</p> <p>2.5 Unbeachtlichkeit von Verfahrensfehlern § 127 AO</p> <p>3 Erledigung des Einspruchsverfahrens</p> <p>4 Abrechnungsbescheid § 218 Abs.2 AO</p>	7

Fach	Fallstudien	Gesamtstunden	
		Unterrichtsstunden	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Fallstudie Bilanzsteuerrecht</p> <p>1 Bilanzenzusammenhang mit Kapitalgleichung</p> <p>2 Der Warenverkehr im Handelsbetrieb</p> <p>3 Grundsätze der Bewertung von Wirtschaftsgütern § 6 EStG</p> <p>4 Abschreibungen § 7 EStG; § 6 Abs.2, Abs.2a EStG</p> <p>5 Entnahmen und Einlagen § 4 Abs.1 S.2 und 8 EStG</p> <p>6 Forderungen (Bewertungsmaßstäbe) § 253 HGB, § 6 Abs.1 EStG</p> <p>7 Periodengerechte Gewinnermittlung</p> <p>7.1 Antizipative Posten (Forderungen, Verbindlichkeiten)</p> <p>7.2 Transitorische Posten (Rechnungsabgrenzungsposten) § 5 Abs.5 EStG</p>	7

Fach	Fallstudien	Gesamtstunden	
		Unterrichtsstunden	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Fallstudie Ertragsteuern</p> <p>1 Einkommensteuer</p> <p>1.1 Wiederholung der Gewinndarstellung nach der Bilanzpostenmethode</p> <p>1.2 Einzelheiten zur Gewinnermittlung EÜR</p> <p>1.3 Wechsel der Gewinnermittlungsart EÜR zu BVV</p> <p>1.4 Ausgewählte Probleme zu Gebäudesachverhalten und deren Verknüpfung zur USt</p> <p>1.5 Fälle zur sog. „Abgeltungsteuer“</p> <p>1.6 Praxisrelevante Fälle zu nicht abziehbaren BA</p> <p>1.7 Wiederholung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen</p> <p>1.8 Familienleistungsausgleich</p> <p>2 Körperschaftsteuer</p> <p>2.1 Gewinn- und Einkommensermittlung bei Kapitalgesellschaften</p> <p>2.2 Beurteilung von verdeckten Gewinnausschüttungen</p> <p>2.3 Wechselwirkungen der Feststellung auf den ESt-Bereich des Gesellschafters</p>	7

Fach	Fallstudien	Gesamtstunden	
		Unterrichtsstunden	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Fallstudie Besteuerung von Gesellschaften</p> <p>1 GmbH und CoKG</p> <p>1.1 Gesellschaftsrechtliche Einordnung und Mitunternehmerschaft</p> <p>1.1.1 Gewerbliche Tätigkeit gem. § 15 Abs.2 EStG und „Infektionswirkung“ des § 15 Abs.3 Nr.1 EStG</p> <p>1.1.2 Gewerbliche Prägung gem. § 15 Abs.3 Nr.2 EStG</p> <p>1.1.3 Besonderheiten bei der Mitunternehmererstellung</p> <p>1.1.4 Funktionen der Komplementär-GmbH (Geschäftsführung, Haftung)</p> <p>1.2 Bargründung</p> <p>1.3 Unterschiedliche Bilanzierungsprobleme</p> <p>1.3.1 Einbringung von Wirtschaftsgütern aus dem BV gem. § 6 Abs.5 S.3 Nr.1 EStG</p> <p>1.3.2 Besonderheiten der Kapitalkonten der Kommanditisten im Gesamthandskreis</p> <p>1.4 Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter incl. Sonderbilanzen</p> <p>1.4.1 U.a. die Abgrenzung Vorabgewinn und Sondervergütungen</p> <p>1.4.2 Sondervergütungen und Umsatzsteuer</p> <p>1.4.3 Der GmbH-Anteil an der Komplementär-GmbH als Sonderbetriebsvermögen und die Folgen im Hinblick auf Ausschüttungen</p>	7

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>1.5 Besonderheiten der GmbH und CoKG bei Gewinnermittlung und -verteilung</p> <p>2 Umsatzsteuerproblematiken in Zusammenhang mit den o.g. Sachverhalten</p> <p>3 § 6b EStG bei Personengesellschaften</p> <p>4 Ausgefüllter Feststellungserklärungsvordruck zum Fall</p> <p>5 Feststellungsbescheid zum Fall</p> <p>6 Erbschaftsteuer/Bewertung</p> <p>6.1 Tod eines Unternehmers</p> <p>6.2 Gesonderte Feststellungen nach § 151 Abs.1 BewG und §§ 13a Abs.1a, 13b Abs.2a ErbStG</p> <p>6.3 Ermittlung des Betriebsvermögenswerts im vereinfachten Ertragswertverfahren</p> <p>6.4 Ermittlung des Substanzwerts des Betriebs auf einen vom Bilanzstichtag abweichenden Bewertungsstichtags durch Ableitung</p> <p>6.5 Anwendung der Steuerverschonungen für Unternehmensvermögen</p> <p>6.6 Ermittlung von Kapitalwerten wiederkehrender Nutzungen und Leistungen</p> <p>7 Ermittlung von Gegenwartswerten für Kapitalforderungen und -schulden</p>	

Fach	Fallstudien	Gesamtstunden	
		Unterrichtsstunden	Klausurstunden

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	Fallstudie Umsatzsteuer	7
	1 Lieferung und sonstige Leistungen	
	1.1 Lieferungen bei Tauschumsätze	
	1.2 Vermietungsumsätze	
	1.3 Steuerbefreiungen für sonstige Leistungen	
	1.4 Optionen zur Steuerpflicht	
	1.5 Steuerbefreiungen für Lieferungen	
	2 Unentgeltliche Wertabgaben	
	2.1 Gleichgestellte Lieferungen	
	2.2 Gleichgestellte sonstige Leistungen	
	3 Innergemeinschaftliche Regelungen	
	3.1 Steuerpflichtige innergemeinschaftliche Erwerbe	
	3.2 Steuerbefreiung innergemeinschaftlicher Erwerbe	
	3.3 Rückgängigmachung innergemeinschaftlicher Erwerbe	
	3.4 Steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferungen	
	4 Regelung zum Übergang der Steuerschuld	
	5 Grundsätze Vorsteuerabzug	
	5.1 Vorsteuerausschluss bei nicht abziehbaren Betriebsausgaben	
	5.2 Vorsteueraufteilung	
	6 Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Altersvorsorge privat und betrieblich	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die steuerlichen Auswirkungen in der Anspar- und Auszahlungsphase beherrschen. ⁽³⁾</p> <p>Die Studierenden sollen die arbeitsrechtlichen Grundlagen, sowie die Durchführungswege in der Anspar- und Auszahlungsphase richtig einordnen können und die steuerlichen Auswirkungen beherrschen. ⁽³⁾</p>	<p>1 Private Altersvorsorge</p> <p>1.1 „Riester-Rente“ §§ 79 ff EStG</p> <p>1.1.1 Riester nach dem Eigenheimrentengesetz (sog. „Wohn-Riester“) § 92a EStG</p> <p>1.2 „Rürup-Rente“ §§ 10, 22 EStG (Hinweis)</p>	<p>6</p> <p>3</p> <p>1</p>
	<p>2 Betriebliche Altersvorsorge</p> <p>2.1 Direktzusage §§ 6a, 19 I S.1 Nr.2 EStG</p> <p>2.2 Direktversicherung §§ 4b, 22 EStG</p> <p>2.3 Pensionskasse §§ 4c, 22 EStG</p> <p>2.4 Unterstützungskasse §§ 4d, 19 I S.1 Nr.2 EStG</p> <p>2.5 Pensionsfonds §§ 4e, 22 EStG</p>	<p>4</p> <p>4</p> <p>4</p> <p>4</p> <p>4</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamt- stunden	30	Hauptstudium
	Besonderheiten bei der Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft	Unterrichts- stunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalte	LVS
Die Studierenden sollen die Einkunftsart LuF dem Grunde nach beherrschen.	I. Begriff der Einkünfte aus Land- u. Forstwirtschaft	
	1. Landwirtschaftliche Urproduktion	2
	2. Tierzucht und Tierhaltung	2
	3. Einkünfte aus Land- u. forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben	4
	* Be- und Verarbeitungsbetriebe	
	* Substanzbetriebe	
Die Studierenden sollen die Einkunftsart richtig einordnen können und die steuerlichen Auswirkungen erkennen und beherrschen.	II. Abgrenzung gegenüber anderen Einkunftsarten	
	1. Abgrenzung zu den Einkünften am Gewerbebetrieb	2
	2. Abgrenzung zur „Liebhaberei“	2
	III. Die verschiedenen Ermittlungszeiträume in der Land- u. Forstwirtschaft	2
	IV. Die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a)	4
	V. Besonderheiten bei der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
	* Grund- u. Boden-Ansatz	
	* Stehendes Holz/Holzvorräte	
	* Dauerkulturen/mehrjährige Kulturen	4
	* Bewertungswahlrechte bei stehender Ernte und selbsterzeugten Vorräten	
	* Viehbewertung	
	* Behandlung von Bodenschätzen	
	* Rücklagen	
	VI. Besonderheiten	
	1. Beim Wechsel der Gewinnermittlungsart	2
	2. Bei der Betriebsaufgabe	
	VII. Umsatzsteuerliche Besonderheiten in der Land- u. Forstwirtschaft	4
	VIII. Durchschnittssätze bei land- u. forstwirtschaftlichen Betrieben	1
	IX. Tarifvorschriften	1

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Besondere Besteuerungsformen und –verfahren in der Umsatzsteuer	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmer lernen Abwandlungen und Systembrüche des Allphasennetto-Umsatzsteuer-Systems mit Vorsteuerabzug kennen.</p> <p>Die Teilnehmer sollen dabei unter Anleitung besondere Besteuerungsformen und -verfahren, sowie ausgewählte Spezialthemen in der Umsatzsteuer kennenlernen.</p>	1 Besteuerung von Reiseleistungen § 25 UStG	4
	2 Differenzbesteuerung § 25a UStG	3
	3 Besteuerung nach Durchschnittssätzen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe § 24 UStG	5
	4 Besteuerung nach Allgemeinen Durchschnittssätzen § 23 UStG	4
	5 Innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte § 25b UStG	4
	6 Umsatzsteuerliche Behandlung von Leasinggeschäften	4
	7 Dienstleistungskommissionen § 3 Abs. 11 UStG	3
	8 Factoringgeschäfte	3

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Bilanzanalyse	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen	1	Prinzipien der Bilanzanalyse	4
- die betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Bilanzanalyse kennen ⁽²⁾	2	Bilanzkennzahlen	10
- unterschiedliche Bilanzkennzahlen darstellen und einordnen können	2.1	Gliederungszahlen	
- dieses Wissen anhand von Fallbeispielen darstellen und erörtern können ⁽³⁾	2.2	Beziehungszahlen	
	2.3	Indexzahlen	
	2.4	erfolgswirtschaftliche Kennzahlen	
	2.5	finanzwirtschaftliche Kennzahlen	
	2.6	Analyse der Vermögensstruktur	
	2.7	Analyse der Kapitalstruktur	
	3	Fallbeispiele	16

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Coaching in der Verwaltung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmer erkennen die Bedeutung von Coaching für die Verwaltung. ⁽³⁾	1	Begriffsklärung	4
	1.1	Definition	
	1.2	Abgrenzung zu anderen Lern- und Beratungsformen	
Die Teilnehmer erlangen Grundkenntnisse über die unterschiedlichen Formen von Coaching und deren Anwendungsmöglichkeiten. ⁽³⁾	1.2.1	Fachberatung	
	1.2.2	Supervision	
	1.2.3	Mediation	
Die Teilnehmer erlangen Grundkenntnisse über den Ablauf eines Coachings. ⁽²⁾	1.2.4	Mentoring	
	1.2.5	Therapie	
Die Teilnehmer können auf der Grundlage des Erlernten und dem vorhandenen Ist-Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten. ⁽⁴⁾	2	Arten des Coaching	4
	3	Anwendungsfelder für Coaching	6
	4	Ablauf und Phasen eines Coachingprozesses	4
	5	Methoden und Techniken im Coaching	6
	6	Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen von Coaching in der Verwaltung, z.B.	6
		<ul style="list-style-type: none"> • Personalentwicklung • Führung • Wissensmanagement • Konfliktlösung • Gesundheitsprävention 	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen	1 Marktwirtschaft	2
- die aktuelle Lage Deutschlands bezüglich der ökonomischen, finanz- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen kennen und verstehen. ⁽²⁾	1.1 Funktionsweise der Marktwirtschaft 1.2 Funktionsprobleme der Marktwirtschaft 1.3 Ausgestaltung als soziale Marktwirtschaft	
- die erlangten Erkenntnisse unter Berücksichtigung internationaler Beziehungen interpretieren können. ⁽²⁾	2 Angebot und Nachfrage 2.1 Preisbildung und Preisvorschriften 2.2 Konsumenten- und Produzentenrente 2.3 Auswirkungen von Steuern	2
- dieses Wissen anhand von geeigneten Beispielen darstellen und erörtern können. ⁽³⁾	3 Marktstrukturen 3.1 Produktionsfaktoren einer Volkswirtschaft 3.2 Wettbewerb und Monopole 3.3 Ursachen und Folgen von Konzentrationen 3.4 Möglichkeiten und Grenzen der Wettbewerbspolitik in Deutschland	2
	4 Internationaler Handel	3
	4.1 Bedeutung des Internationalen Handels für Deutschland 4.2 Ursachen und Folgen der Globalisierung der Weltwirtschaft 4.3 Standortwettbewerb von Staaten und Beschränkung der nationalen Autonomie insbesondere in steuerlicher Hinsicht 4.4 Möglichkeiten und Grenzen der Außenhandelspolitik 4.5 Grundprinzipien der Welthandelsordnung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>5 Strukturgrößen</p> <p>5.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Bruttoinlandsprodukt</p> <p>5.2 Konjunkturindikatoren und Konjunkturzyklus</p> <p>5.3 Langfristiges Wirtschaftswachstum und Wachstumskritik</p> <p>5.4 Weltweit unterschiedliche Wachstumsraten und deren Ursache</p> <p>5.5 Zahlungsbilanz</p> <p>5.6 Inflation, Disinflation und Deflation</p> <p>5.7 Einkommens- und Vermögensverteilung nebst staatlicher Umverteilung z.B. durch Steuern</p> <p>5.8 Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik</p> <p>6 Öffentliche Hand</p> <p>6.1 Aufgaben staatlicher Finanzwirtschaft</p> <p>6.2 Haushaltsgrundsätze</p> <p>6.3 Struktur und Entwicklung der Staatseinnahmen und der Staatsverschuldung</p> <p>6.4 Grenzen der Staatsverschuldung</p> <p>6.5 Möglichkeiten und Grenzen der Fiskalpolitik</p> <p>7 Kapitalmarkt</p> <p>7.1 Bedeutung und Funktionsweise des Kapitalmarkts</p> <p>7.2 Geldangebot, Geldnachfrage, Geldmarktgleichgewicht und Geldwirkungen</p> <p>7.3 Geldschöpfung und Geldvernichtung</p>	<p>8</p> <p>4</p> <p>3</p>

Fach		Gesamtstunden	30	Hauptstudium
		Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmer lernen die historische Entwicklung der Gesetzgebungskompetenzen im nationalen/europäischen Steuerrecht kennen ⁽¹⁾	1	Historische Entwicklung der Gesetzgebungskompetenzen im nationalen/europäischen Steuerrecht, Darstellung der Begrifflichkeiten	6
Die Teilnehmer lernen das konkrete Verfahren der (nationalen) Normgebung im Steuerrecht ⁽³⁾	2	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich der (nationalen) Normgebung im Steuerrecht (Kompetenzen von Regierung und Parlament nebst Bund und Ländern, Finanzausgleich)	8
Die Teilnehmer lernen das konkrete Verfahren der (europarechtlichen) Normgebung im Steuerrecht ⁽³⁾	3	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich der (europ.) Normgebung im Steuerrecht (Kompetenzen von Kommission europäischem Parlament und weiteren Institutionen)	8
Die Teilnehmer verstehen die normativen Hierarchien im Bereich des primären und sekundären Unionsrecht und dessen Einfluss auf das nationale Recht	4	Systematik der normativen Hierarchien im Bereich des primären und sekundären Unionsrechts. Einfluss des primären und sekundären Unionsrechts auf das nationale Recht	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Europa und die Umsatzsteuer	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmer lernen die historische Entwicklung von EU und Umsatzsteuer kennen. ⁽¹⁾	1	Historische Entwicklung von EU und Umsatzsteuer, Darstellung der Begrifflichkeiten	6
Die Teilnehmer lernen Verfahren der Rechtssetzung im Bereich des primären und sekundären Gemeinschaftsrechtes im Lichte der Umsatzsteuer. ⁽³⁾	2	Verfahren der Rechtssetzung im Bereich des primären und sekundären Gemeinschaftsrechtes unter besonderer Betrachtung der Umsatzsteuer	8
Die Teilnehmer erlernen die Bedeutung des EuGH im Hinblick auf die Umsatzsteuer (insb. Vorlageverfahren) ⁽³⁾	3	Bedeutung des EuGH im Hinblick auf die Umsatzsteuer (insb.: Das Vorlageverfahren)	8
Die Teilnehmer erlernen die Bedeutung der Grundfreiheiten im Hinblick auf umsatzsteuerliche Normen. ⁽³⁾	4	Bedeutung der Grundfreiheiten im Hinblick auf umsatzsteuerliche Normen innerhalb der europäischen Union	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Gesundheitsmanagement in der Verwaltung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Teilnehmenden erkennen die Bedeutung von Gesundheitsmanagement für die Verwaltung. ⁽³⁾	1	Die Bedeutung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit für die Verwaltung	2
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über Möglichkeiten der Gestaltung von Gesundheitsmanagement im Arbeitsalltag. ⁽²⁾	1.1	Kosten von Absentismus und Präsentismus	
	1.2	Demografischer Wandel	
	2	Das behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) in der bayerischen Verwaltung	2
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über unterschiedliche Modelle der Entstehung und Bewältigung von Stress. ⁽³⁾	3	Begriffsklärung	8
	3.1	Gesundheit	
	3.2	Arbeitsfähigkeit	
	3.3	Präsentismus / Absentismus	
	3.4	Resilienz	
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) in der bayerischen Staatsverwaltung. ⁽³⁾	3.5	Verhältnis- / Verhaltensprävention	
	3.6	Stress / Ressourcen / Stressoren	
	3.7	Burnout und Depression	
Die Teilnehmenden erlangen Grundkenntnisse über den Umgang mit schwierigen Situationen im Arbeitsalltag. ⁽³⁾	3.8	Mobbing / Bossing / Straining	
Die Teilnehmenden können auf der Grundlage des Erlernten und dem vorhandenen Ist-Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten. ⁽⁴⁾	4	Modelle der Stressentstehung und Stressbewältigung	10
	4.1	Das Belastungs- Beanspruchungsmodell	
	4.2	Das Anforderungs-Kontroll-Modell	
	4.3	Das transaktionale Stressmodell	
	4.4	Das Modell beruflicher Gratifikationskrisen	
			4

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>5 Vorschläge zur Optimierung des BGM in der bayerischen Verwaltung und zum Umgang mit schwierigen Situationen im Arbeitsalltag.</p>	<p>4</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Grunderwerbsteuerrecht	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen einen Einblick in das Grunderwerbsteuerrecht und insbesondere in gesellschaftsrechtliche Grunderwerbsteuervorgänge erhalten. Danach sollen Sie in der Lage sein, - Grunderwerbsteuerrelevante Sachverhalte zu erkennen, - diese zutreffend einzuordnen, - und sodann steuerrechtlich zutreffend zu lösen ⁽³⁾	<p>Grundzüge des Grunderwerbsteuerrechts</p> <p>1 Begriff der Grunderwerbsteuer und Überblick über die einzelnen Tatbestände, Rechtsentwicklungen</p> <p>2 Einheitliches Vertragswerk und Abgrenzungsproblematik</p> <p>3 Umwandlungsvorgänge</p> <p>3.1 Grundlagen</p> <p>3.2 Verschmelzung und Spaltung als Formen der Umwandlung</p> <p>3.3 Steuerbarkeit</p> <p>4 Anwachsungs- und Einbringungsvorgänge</p> <p>4.1 Grundlagen</p> <p>4.2 Steuerbarkeit</p> <p>5 Fiktionstatbestände</p> <p>5.1 Änderung des Gesellschafterbestandes einer grundbesitzenden Personengesellschaft (§ 1 Abs. 2a GrEStG)</p> <p>5.2 Anteilsvereinigung und Anteilsübertragung (§ 1 Abs. 3 GrEStG)</p> <p>5.3 Wirtschaftliche Beteiligung (§ 1 Abs. 3a GrEStG)</p> <p>6 Steuerbegünstigungen bei Grundstücksübergang von einer bzw. auf eine Gesamthand (§ 5, § 6 GrEStG)</p> <p>7 Fallbeispiele (oben enthalten)</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>5</p> <p>8</p> <p>9</p> <p>4</p> <p>-</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Haftung für Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die Grundsätze der materiellen Haftungsnormen für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis kennen und in das System der Abgabenordnung einordnen können. ⁽²⁾	1 Überblick über die wichtigsten materiell-rechtlichen Haftungsnormen für Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis im Steuerrecht und Zivilrecht	3
	2 Grundsätze der Haftungsansprüche	2
	2.1 Entstehung § 38 AO 2.2 Erlöschen § 47 AO 2.3 Fälligkeit § 220 AO	
Die Studierenden sollen den Haftungstatbestand mit seinen Bezügen zu LSt und USt auf konkrete Fälle anwenden können und ein Verständnis für seine Funktion entwickeln. ⁽²⁾	3 Haftung der Vertreter § 69 AO	8
	3.1 Kreis der Haftungsschuldner	
	3.2 Verhältnis Steuerschuld zu Haftungsschuld	
	3.3 Schuldhaftigkeit der Pflichtverletzung	
	3.4 Inhalt der maßgebenden Pflichten, Bezug zu LSt und USt	
	3.5 Kausalzusammenhang 3.6 Haftungsumfang, Gegenstand der Haftung	
Die Studierenden sollen die strafrechtliche Komponente des Steuerrechts in Bezug zu der Haftungsnorm des § 71 AO bringen und den Sinn der Vorschrift verstehen und umsetzen lernen.	4 Haftung des Steuerhinterziehers § 71 AO	4
	4.1 Kreis der haftenden Personen	
	4.2 Haftungsumfang Definition der verkürzten Steuern Vermögensschaden	
	4.3 Konkurrenzen zu anderen Haftungsnormen	

Haft H

Stand: 11/20

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen den Sinn und die Eigenart der gegenständlichen Haftung des § 74 AO verstehen und die Vorschrift auf einen konkreten Sachverhalt anwenden können.	5 Haftung des Eigentümers von Gegenständen § 74 AO 5.1 Persönliche, gegenständliche, beschränkte Haftung 5.2 Betrieblich genutzte Gegenstände 5.3 Wesentliche Beteiligung 5.4 Haftungsumfang Betriebliche Steuern 5.5 Geltendmachung der Haftung	4
Die Studierenden sollen die Eigenart der Haftung nach § 75 AO als gegenständliche Ausfallhaftung nach ihrem Sinngehalt verstehen und anwenden lernen.	6 Haftung des Betriebsübernehmers § 75 AO 6.1 Unternehmen 6.2 Übereignung im Ganzen 6.3 Erwerb eines lebenden Unternehmens 6.4 Haftungsumfang 6.5 Haftungszeitraum 6.6 Frist für die Festsetzung 6.7 Haftungsbeschränkung	4
Die Studenten sollen verstehen lernen, dass im Wirtschaftsrecht die Haftung für Verbindlichkeiten aus dem öffentlich-rechtlichen Steuerschuldverhältnis zusätzlich auch aus zivilrechtlichen Haftungsnormen resultiert.	7 Zivilrechtliche Haftungsnormen 7.1 Haftung des Firmenübernehmers § 25 HGB in Abgrenzung zu § 75 AO 7.2 Haftung des Gesellschafters einer Personengesellschaft § 128 HGB 7.3 Haftung eines eintretenden Gesellschafters § 130 HGB 7.4 Haftung eines ausgeschiedenen Gesellschafters § 160 HGB	5

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none">- unterrichtsbegleitende Arbeitsblätter mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben- gesonderte Übungsaufgaben zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Hinterziehungszinsen	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Bei den Studierenden soll ein Bewusstsein geschaffen werden, wann Hinterziehungszinsen festzusetzen sind.	1. Hinterziehungszinsen allgemein (§ 235 AO) 1.1 Voraussetzungen 1.2 Anwendungsfelder 1.3 Verjährung 1.4 Abzugsverbote EStG, KStG	10
Die Studierenden sollen selbstständig Zeitpunkte des Beginns und des Endes des Zinslaufes und die Anrechnung von Zinsen nach § 233a AO erarbeiten.	2. Zinsberechnung 2.1 Beginn des Zinslaufes 2.2 Ende des Zinslaufes 2.3 Anrechnung Zinsen nach § 233a AO	10
Die Studierenden sollen selbstständig, also ohne IT-Unterstützung, Hinterziehungszinsen auf verkürzte Einkommensteuer-Vorauszahlungen berechnen und deren Besonderheiten kennen.	3. Hinterziehungszinsen auf verkürzte Einkommensteuer-Vorauszahlungen 3.1 Voraussetzungen 3.2 Anwendungsfelder 3.3 Berechnung und deren Besonderheiten	10

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Insolvenz und Steuern	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die im Privatrecht erworbenen insolvenzrechtlichen Kenntnisse auf das Steuerrecht übertragen können. Hierfür ist es notwendig, die Arbeitsschritte zu kennen, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens für das Finanzamt erforderlich werden. ⁽³⁾</p>	1 Einführung	1
	2 Rückblick auf die Grundlagen des Insolvenzrechts (Privatrecht)	3
	2.1 Eröffnung des Insolvenzverfahrens	
	2.2 Insolvenzverwalter	
	2.3 Insolvenzgläubiger	
	2.4 Massegläubiger	
	3 Finanzamt als Insolvenzantragsteller	1
	4 Wirkungen der Insolvenzeröffnung	6
	4.1 Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts	
	4.2 Unzulässigkeit der Einzelvollstreckung	
	4.3 Vollstreckung von Absonderungs- und Aussonderungsberechtigten und Massegläubigern	
	4.4 Erfüllung schwebender Verträge	
	4.5 Besteuerungsverfahren	
4.5.1 Abgabe von Steuererklärungen und Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen		
4.5.2 Adressierung und Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS	
Ebenso sollen die Studierenden lernen, wie Steueransprüche in einem Insolvenzverfahren durch das Finanzamt geltend gemacht werden. ⁽³⁾	4.5.3 Zusammenveranlagung		
	4.5.4 Rechtsbehelfsverfahren		
	4.5.5 Steuererhebungsverfahren		
	5 Anmeldung, Prüfung und Feststellung von Forderungen	6	
	5.1 Anmeldung der Insolvenzforderungen zur Tabelle		
	5.1.1 Steueransprüche als Insolvenzforderungen		
	5.1.2 Feststellungsbescheide / Messbescheide		
	5.2 Prüfungstermin		
	5.3 Feststellung der Insolvenzforderung		
	5.3.1 Bestrittene Forderungen - nicht bestrittene Forderungen		
	5.3.2 Titulierte Forderungen - nicht titulierte Forderungen		
	5.3.3 Feststellungsbescheid § 251 Abs. 3 AO		
	5.4 Anfechtung		
	Auch sollte der Gang eines Verbraucherinsolvenzverfahrens betraut sein. ⁽²⁾	6 Beendigung des Insolvenzverfahrens	1
		6.1 Aufhebung und Einstellung des Insolvenzverfahrens	
6.2 Wirkung der Beendigung			
6.3 Nachhaftung			
	7 Insolvenzplan / Eigenverwaltung		
	8 Verbraucherinsolvenzverfahren	2	
	8.1 Außergerichtlicher Einigungsversuch		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Schließlich sollen die Studierenden die Besonderheiten bei der Umsatzsteuer, der Einkommenssteuer und der Lohnsteuer kennenlernen. ⁽³⁾	8.2 Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	
	8.3 Wirkung des Schuldenbereinigungsplans	
	8.4 Vereinfachtes Insolvenzverfahren	
	9 Nachlassinsolvenzverfahren	
	10 Restschuldbefreiung	1
	10.1 Voraussetzungen der Restschuldbefreiung	
	10.2 Verfahren und Entscheidung des Insolvenzgerichts	
	10.3 Wohlverhaltensperiode	
	11 Umsatzsteuer in der Insolvenz	4
	11.1 Unternehmer	
	11.1.1 Insolvenzschuldner	
	11.1.2 Umsatzsteuerliche Organschaft	
	11.2 Umsatzsteuer als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	
	11.3 Vorsteuerabzug	
	11.4 Vorsteuerberichtigung	
	11.5 Verwertungshandlungen	
	11.6 Besteuerungsverfahren	
	11.7 Umsatzsteuer und Aufrechnung	
	11.8 Umsatzsteuer und Neuerwerb	
	12 Einkommensteuer in der Insolvenz	3
12.1 Zu versteuerndes Einkommen		
12.1.1 Sanierungsgewinn		
12.1.2 Aufdeckung stiller Reserven durch Insolvenzverwalter		

InSt H

Stand: 11/20

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	12.1.3 Verlustabzug § 10d EStG	
	12.2 Einkommensteuervorauszahlungen	
	12.3 Sonderfragen der Veranlagung (inkl. Ehegattenproblematik)	
	13 Lohnsteuer in der Insolvenz	1
	13.1 Lohnsteuer als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	
	13.2 Verfahrensrecht	
	14 Unternehmenssteuern in der In- solvenz	1

Fach	Schwerpunktfach	Gesamtstunden: 30	Hauptstudium
	Kapitalerträge	Unterrichtsstunden: 30	Klausurstunden: 0

Dozenten: Konrad Eichhorn und Johannes Hadler

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Übergeordnetes Lernziel: Die Studierenden erwerben tiefgreifendes Wissen über die Entstehung von Kapitalerträgen, deren Besteuerung und aktuellen Rechtsänderungen. Dadurch erhalten Sie entscheidendes Wissen für das spätere Berufsleben.		
Die Studierenden sollen einen Einblick in die Funktionsweise von Kapitalanlagen erhalten.	1 Finanzprodukte (Aufbau und Funktionsweise) <ul style="list-style-type: none"> 1.1 Aktie 1.2 Genussschein 1.3 Fondsanteile 1.4 Wandelanleihe 1.5 Optionsanleihe 1.6 Optionsschein 1.7 Knock-Out 1.8 Contract for Difference 1.9 Binäre Optionen 1.10 Swap-Geschäfte 1.11 Zertifikate 	10
Ausgehend von den dargestellten Finanzprodukten analysieren die Studierenden deren Handhabung in der Praxis.	2 Handelsstrategien <ul style="list-style-type: none"> 2.1 Marktlage analysieren <ul style="list-style-type: none"> 2.1.1 Funktionsweise der Börse 2.1.2 Charttechnik Grundlagen 2.2 Welche Produkte können in welcher Marktlage verwendet werden 	10
Die Studierenden vergleichen die Steuerbelastung unterschiedlicher Rechtsformen miteinander.	3 Rechtsformen <ul style="list-style-type: none"> 3.1 Kapitalanlage im Privatvermögen (bei progressivem Steuertarif nach § 32a EStG bzw. gesondertem Steuertarif nach § 32d EStG) 3.2 Kapitalanlage im Betriebsvermögen für Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer <ul style="list-style-type: none"> 3.2.1 Einzelunternehmen 3.2.2 Personengesellschaft 3.2.3 Kapitalgesellschaft 	5
Die Studierenden befassen sich mit dem Steuereinbehalt auf Seiten der Finanzinstitute, vergleichen die Besteuerung von Kapitalerträgen weltweit und arbeiten Vorteile des deutschen Systems heraus.	4 Steuereinbehalt/ -erhebung <ul style="list-style-type: none"> 4.1 Analyse der §§ 43 und 43a EStG (auszahlende Stelle, Entstehung, Entrichtung) 4.2 Versteuerung von Kapitalerträgen im internationalen Vergleich (u. a. Common Reporting Standard – CRS) 4.3 Aktuelle Gesetzesänderungen 	5

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Liquidation einer Kapitalgesellschaft	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen den Ablauf der Liquidation einer Kapitalgesellschaft im Zivilrecht und Steuerrecht kennen.</p> <p>Sie sollen die körperschaftsteuerliche Besteuerungssystematik beherrschen, den Liquidationsgewinn, die Abwicklung des steuerlichen Einlagekontos und des Sonderausweises begründen und berechnen können.⁽³⁾</p>	<p>1 Liquidationsbesteuerung auf Ebene der Kapitalgesellschaft (insbesondere GmbH)</p>	
	1.1 Die Auflösung und Liquidation der GmbH im Zivilrecht; § 60 ff GmbHG (insbesondere: Gründe, Ablauf, Sperrjahr, Vermögensverteilung, Löschung)	4
	1.2 Körperschaftsteuerliche Behandlung; § 11 KStG	
	1.3 Besteuerungszeitraum (insbesondere Abwicklungszeitraum, Wirtschaftsjahr, Rumpfwirtschaftsjahr) § 11 I KStG	4
	1.4 Ermittlung des Abwicklungsgewinns (Abwicklungs-Endvermögen, Abwicklungs-Anfangsvermögen); § 11 II bis IV KStG	4
	1.5 Korrekturen nach den üblichen Einkommensermittlungsgrundsätzen; § 11 VI KStG	4
	1.6 Auswirkung auf das steuerliche Einlagekonto und den Sonderausweis; § 27 und § 28 KStG	4
	<p>2 Auswirkung der Liquidation auf Ebene der Gesellschaft</p>	
	2.1 Kapitalertrag gem. § 20 I Nr.2 (ggf. VIII) EStG	6
	2.2 Auswirkung der Rückzahlung von Nennkapital und Einlagekonto auf den privaten und betrieblichen Bereich	4
<p>Die Studierenden sollen die Auswirkung der Liquidation auf Ebene der Gesellschafter systematisch richtig einordnen können und die steuerlichen Auswirkungen beherrschen.⁽³⁾</p>		

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamt-Stunden	18	Hauptstudium	
	Mobbing	Unterrichts-stunden	16	Klausurstunden	0

Lernziele	Lerninhalt	LVS
Die Studierenden kennen die Grundlagen zum Begriff Mobbing und können ihn vom Begriff Konflikt abgrenzen(2).	1. Begriffsklärung 1.1. Definitionen, Abgrenzung zu Konflikt, Betroffene, Merkmale usw 1.2. Evtl. Rechtliche Grundlagen? 1.3. Mobbinghandlungen 1.4. Entstehung und Phasen 1.5. Symptome und Alarmsignale 1.6. Motive, betriebliche Auslöser 1.7. Folgen für Betroffene und Behörde	8
Die Studierenden erkennen Mobbing, reflektieren ihr eigenes Verhalten und können den Handlungsbedarf einschätzen(3).		
Die Studierenden erkennen und verstehen die Konsequenzen von Mobbing für die Betroffenen sowie die Finanzverwaltung(3).		
Die Studierenden lernen Methoden zur Bewältigung von Mobbing kennen und können diese im Finanzamtsalltag anwenden(4).	2. Bewältigung von Mobbing, Handlungsmöglichkeiten: 2.1. auf der individuellen Ebene 2.2. auf Kollegenebene 2.3. auf der Ebene der Vorgesetzten	2
	3. Prävention von Mobbing 3.1. Persönliche Ebene 3.2. Strukturelle Ebene	2

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Steuerermäßigung nach § 35 EStG	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen die Gewerbesteuerschuld in unterschiedlichen ermitteln können.	1 Gewerbesteuer	6
	1.1 Gewerbesteuermessbetrag (§ 11 GewStG)	
	1.2 Gewerbeertrag (§ 7 GewStG)	
	1.3 Hinzurechnungen (nur § 8 Nr. 8 GewStG)	
	1.4 Kürzungen (nur § 9 Nr. 2a S. 1 GewStG)	
	1.5 Gewerbeverlust (§ 10a GewStG)	
	1.6 Zerlegung (§§ 28ff. GewStG)	
Die Studierenden sollen die Auswirkung der Steuerermäßigung erkennen und verstehen, sowie die technische Umsetzung im Steuerbescheid nachvollziehen können.	2 Steuerermäßigung (§ 35 EStG)	3
	2.1 Begriff Steuerermäßigung	
	2.2 Verhältnis zu anderen Steuern	
	2.3 Verhältnis zu anderen Steuerermäßigungen	
Die Studierenden sollen die Ermäßigung der tariflichen Einkommensteuer auch in schwierigen Fällen mit mehreren positiven und negativen Einkunftsquellen sicher anwenden können.	3 Anrechnungsvolumen	10
	3.1 Ermäßigungsbeitrag (§ 35 Abs. 1 S. 1 EStG)	
	3.2 Ermäßigungshöchstbetrag (§ 35 Abs. 1 S. 2 EStG)	
	3.3 Begrenzung der Ermäßigung (§ 35 Abs. 1 S. 5 EStG)	
	4 Gewerbliche Einkünfte (§ 35 Abs. 1 S. 3 EStG)	1
	5 Ermäßigungshöchstbetrag (§ 35 Abs. 1 S. 2 EStG)	2
	5.1 Einzelveranlagung	
	5.2 Zusammenveranlagung	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die Steuerermäßigung mit den Besonderheiten, die sich bei Mitunternehmenschaften ergeben, anwenden und umsetzen können.</p>	<p>6 Mitunternehmenschaften</p> <p>6.1 Aufteilung (§ 35 Abs. 2 EStG)</p> <p>6.2 Doppelstöckige Personengesellschaften</p> <p>6.3 Ermäßigungshöchstbetrag (§ 35 Abs. 1 S. 2 EStG)</p> <p>6.4 Begrenzung der Ermäßigung (§ 35 Abs. 1 S. 5 EStG)</p> <p>6.5 Kapitalgesellschaften als Mitunternehmer</p> <p>6.6 Änderung der Gewinnverteilung</p> <p>6.7 Gesonderte und einheitliche Feststellungen</p> <p>6.8 Veräußerungsgewinne (§ 7 S. 2 GewStG)</p>	<p>8</p>

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Praxisrelevante Korrektornormen außerhalb der AO	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele		Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen umfassend Anwendungsbereich und Regelungsgegenstand der unterrichteten Korrekturvorschriften beherrschen ⁽³⁾	1	Änderungsnormen nach dem ErbStG § 29 ErbStG	4
Die Studierenden sollen die Verwaltungsakte nach den Einzelsteuergesetzen unter dem Blickwinkel der einzelnen Korrekturatbestände einordnen können, die Tatbestandsmerkmale und unterschiedliche Struktur der einzelnen Korrekturatbestände eigenständig herausarbeiten und beschreiben und auf unbekannte Sachverhalte praxisgerecht anwenden können ⁽³⁾	2	Änderungsnormen nach dem EStG § 10d EStG	6
	3	Änderungsnormen nach dem KStG § 32a KStG	4
	4	Änderungsnormen nach dem GewStG § 35b GewStG	4
	5	Änderungsnormen nach dem GrEStG § 16 GrEStG	2
Die Studierenden sollen die Lehrinhalte in klarer und strukturierter Weise präsentieren können ⁽³⁾	6	Übungen und praxisorientierte Anwendung der theoretischen Grundlagen	10

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Rechnungslegung nach International Financial Reporting Standards (IFRS)	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen den Anwendungsbereich und die Bedeutung der IFRS umsetzen können. ⁽¹⁾	1 Anwendungsbereich und Bedeutung der International Financial Reporting Standards (IFRS) § 315a HGB	2
Die Studierenden sollen die Aufgaben und die Organisation der IASB kennen lernen. ⁽²⁾	2 Aufgaben und Organisation der International Accounting Standards Board (IASB)	2
Die Studierenden sollen die Grundprinzipien und den Zweck der IFRS-Rechnungslegung sachgerecht umsetzen können. ⁽³⁾	3 Grundprinzipien und Zweck der IFRS-Rechnungslegung	4
Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Bewertungsprinzipien und –maßstäbe nach StR, HGB und IFRS abgrenzen und anwenden können. ⁽⁴⁾	4 Bewertungsprinzipien und Bewertungsmaßstäbe nach Steuerrecht, HGB und IFRS	22

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Realteilung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen:	Realteilung einer Mitunternehmung	
Die Realteilung insbes. deren zivilrechtliche und steuerliche Grundlagen vorgestellt bekommen.	1 Begriff der Realteilung	2
Danach sollen Sie in der Lage sein,	2 Zivilrechtliche Grundlagen	8
- Komplexe Sachverhalte zu erfassen,	2.1 Abgrenzung zur Liquidation §§ 131 ff., 145, 161 Abs.2 HGB	
- diese zivilrechtlich zutreffend einzuordnen,	2.2 Einzelrechtsnachfolge § 480 BGB, §§ 929 ff. BGB	
- und sodann steuerrechtlich zutreffend zu lösen ⁽³⁾	2.3 Partielle Gesamtrechtsnachfolge n. § 123 Abs.1 Nr.1 UmwG (Spaltung)	
	3 Steuerrechtliche Grundlagen	12
	3.1 Abgrenzung von anderen Formen der Umstrukturierung	
	3.1.1 Fortführung des Betriebsvermögens gem. § 16 Abs.3 S.2 EStG	
	3.1.2 Abgrenzung zwischen Realteilung und Sachwertabfindung und Anteilsveräußerung	
	3.1.3 Auswirkungen von Ausgleichszahlungen	
	3.2 Fallgruppen	
	3.2.1 Realteilung ohne Spitzenausgleich	
	3.2.2 Realteilung mit Spitzenausgleich	
	4 Lösung von Fällen	8

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamt-Stunden 30	Hauptstudium
	Die strafbefreiende Selbstanzeige	Unterrichts-Stunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	1. Selbstanzeige bei vorsätzlicher Steuerhinterziehung	20
Die Studierenden sollen das Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige dem Grunde nach verstehen.	1.1 Sinn und Zweck der Selbstanzeige	1
	1.2 Abgrenzung zur Berichtigung nach § 153 AO	1
	1.3 Persönliche Wirkung	1
	1.4 Form	1
Die Studierenden sollen danach das Vorliegen einer Selbstanzeige in Abgrenzung zur Berichtigung nach § 153 AO erkennen, sowie deren Voraussetzungen und strafrechtlichen Folgen beherrschen.	1.5 Adressat	1
	1.6 Notwendiger Inhalt einer Selbstanzeige	6
	1.7 Nachentrichtung der Steuer, § 371 Abs. 3 AO	1
	1.8 Sperrgründe des § 371 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 AO	6
	1.9 Absehen von der Verfolgung in besonderen Fällen, § 398 a AO	2
	2. Selbstanzeige bei leichtfertiger Steuerverkürzung	4
	3. Rechtsfolgen einer wirksamen Selbstanzeige	2
	4. Besonderheiten bei Umsatzsteuer- und Lohnsteuervoranmeldungen	4
	(Anm: Die aktuelle Rechtslage ist darzustellen; auf die Änderungen der letzten Jahre ist nicht einzugehen)	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden	30	Hauptstudium
	Unternehmensbewertung	Unterrichtsstunden	30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studenten sollen sich unter Anleitung einen Überblick über die Unternehmensbewertung verschaffen. ⁽²⁾	1 Einführung in die Thematik der Unternehmensbewertung	2
	2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen	8
	2.1 Begriffsbestimmungen	
	2.2 Wertermittlungsgrundsätze	
	2.3 Zielsetzungen	
	3 Bewertungen nach IDW Standards	8
	3.1 Bewertungssystematik	
	3.2 Zentrale Bewertungsparameter	
	4 Branchenspezifische Wertermittlungsverfahren	8
	4.1 Handel	
	4.2 Handwerk	
	4.3 Freie Berufe	
	4.4 Sonstige	
	5 Beurteilung und Prüfung von Wertermittlungsgutachten unter Einbeziehung des vereinfachten Ertragswertverfahrens	4

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>6 Plausibilisierungsmöglichkeiten</p>	
	<p>7 Besondere Problemkreise (Denkmalschutz; Liquidationswert; Abbruch; Altlasten; Erbbaurecht; Nießbrauch, sonstige Rechte und Lasten; Spezialimmobilien; Außenbereichsimmobilien)</p>	8
	<p>8 Steuerliche Kaufpreisaufteilungen</p>	2

Fach	Schwerpunktfach	Gesamtstunden 32	Hauptstudium
	Wissensmanagement in der Verwaltung	Unterrichtsstunden 16	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Teilnehmenden kennen Modelle, Methoden und Instrumente eines effektiven Wissensmanagements.</p> <p>Die Teilnehmenden erkennen die Bedeutung von effektivem Wissensmanagement in der Finanzverwaltung.</p> <p>Die Teilnehmenden haben einen Überblick über den Ist-Stand des Wissensmanagements in der Finanzverwaltung.</p> <p>Die Teilnehmenden können auf der Grundlage der erlernten Modelle, Methoden und Instrumente und dem vorhandenen Ist- Zustand in der Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung ableiten.</p>	<p>1 Begriffsklärung „Wissensmanagement“</p> <p>1.1 Begriffsklärung „Wissen“ (implizites Wissen /explizites Wissen / Erfahrungswissen / Kompetenz)</p> <p>1.2 Begriffsklärung „Wissensmanagement“</p> <p>1.3 Modelle über Wissensmanagement</p> <p>1.3.1 Wissenskreislauf nach Probst et. al.</p> <p>1.3.2 Die lernende Organisation (Senge)</p> <p>2 Bedeutung des Wissensmanagements in der Verwaltung</p> <p>2.1 Demografische Entwicklung</p> <p>2.2 Arbeitseffizienz</p> <p>3 Anwendungsfelder</p> <p>Einarbeitung / Umsetzung / Pensionierung / Erkrankung / Wissenssicherung</p> <p>4 Methoden und Instrumente des Wissensmanagements</p> <p>Datenbanken / Wiki / Yellow Pages / Wissenslandkarten / (De)Briefings / CoP / Coaching / KFB / Experteninterview ...</p> <p>5 Notwendige Rahmenbedingungen für ein gelungenes Wissensmanagement in der Finanzverwaltung</p> <p>z. B. Kulturwandel</p> <p>6 Überblick über Wissensmanagement – Maßnahmen in der Finanzverwaltung</p> <p>Wiki / AIS / Datenbanken ...</p> <p>7 Verbesserungsvorschläge für die Finanzverwaltung</p>	

Fach	Schwerpunktfächer	Gesamtstunden 30	Hauptstudium
	Ökonomische Grundlagen der Verrechnungspreise	Unterrichtsstunden 30	Klausurstunden 0

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen	1	Ökonomische Grundlagen von Verrechnungspreisen
- die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Verrechnungspreisbildung kennen ⁽²⁾	1.1	Innerbetriebliche Leistungsverrechnung
	1.2	Abgrenzung von Märkten
	1.3	Preisbildung auf Märkten
- die unterschiedlichen Verfahren der Ermittlung von Verrechnungspreisen darstellen und einordnen können ⁽²⁾	2	Praktische Umsetzung
	2.1	Standardmethoden zur Verrechnungspreisbildung
	2.2	Gewinnorientierte Verrechnungspreismethoden
	2.3	Dokumentationspflichten
	2.4	Internationale Verfahrensfragen
- dieses Wissen anhand von Fallbeispielen darstellen und erörtern können ⁽³⁾	3	Unterschiede zwischen deutscher und internationaler Rechnungslegung